



DER POSITIVE KIPPPUNKT

2024 muss das Jahr werden, in dem der ökologische Umbau unaufhaltbar in Fahrt kommt. Für die Politik bedeutet das vor allem den Abschied von Wachstumsglauben und Wurstigkeit

Unschöne Bescherung in Brandenburg: Fünf Tage vor Weihnachten strich Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) den bereits zwischen allen Ministerien abgestimmten Klimaplan von der Tagesordnung der letzten Kabinettsitzung 2023. Zur Begründung sagte Woidke dem RBB, Klimaschutz sei zwar ein wichtiges Anliegen, „aber nicht das einzige politische Ziel, das wir haben“. Der Plan müsse auch realistisch und finanzierbar sein, zudem gelte hier „Qualität vor Geschwindigkeit“. Wie bitte? Die Arbeit an dem ressortübergreifenden Klimaplan, dessen über 80 Maßnahmenbündel aus allen relevanten Politikfeldern von Energie über Verkehr bis Landwirtschaft dafür sorgen sollen, dass Brandenburg bis spätestens 2045 klimaneutral wird, läuft schon seit über zwei Jahren.

Wieso verzögert der brandenburgische Regierungschef den überfälligen Klimaplan – mit dem Risiko, dass vor und nach der Landtagswahl im September nichts mehr passiert? Es hat nicht nur mit der Angst vor der AfD zu tun, die es mit Hass, Wissenschaftsverweigerung und schriller Anti-Klimaschutz-Polemik zur stärksten Partei in den Umfragen geschafft hat.

Weg mit der Zukunftsbremse

Tatsächlich stellt sich die Frage, woher das Geld für den ökologischen Umbau kommen soll. Ob Bund, Land oder Kommunen: Der öffentlichen Hand geht es nicht anders als den meisten Privatleuten, die größere Investitionen nicht so locker aus den laufenden Einnahmen finanzieren können. Genau das fordert letztlich aber die Schuldenbremse, die eigentlich eine Zukunftsbremse ist. Sie muss also weg, um die ökologische Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Gang zu setzen und sozial abzufedern. Oder zumindest vorübergehend ausgesetzt werden. Denn was, wenn nicht die drohende Klimakatastrophe, soll denn eine Notlage sein, in der neue Schulden erlaubt sind?

Es ist richtig, dass Klimaschutz zunächst Geld kostet. Viel interessanter ist aber, was unterlassener Klimaschutz kostet. Auf bis zu 910 Milliarden Euro beziffert eine aktuelle vom Bundeswirtschaftsministerium beauftragte Studie die kumulierten Einbußen am Brutto-sozialprodukt 2022 bis 2050 in Deutschland durch Folgen der globalen Erwärmung (Seite 8). Zum Vergleich: Im letzten Vor-Corona-Jahr 2019 betrug der Bundeshaushalt 356 Milliarden Euro. Die zu erwartenden Einbußen ziehen sich von Ertragsausfällen in der Landwirtschaft über Schäden an Gebäuden bis zu den Belastungen des Gesundheitssystems.

Verzicht als Vorteil

Doch nur sehr ungern reden Politiker*innen über die Veränderungen, die nötig wären, um eben dies zu vermeiden, weil Teile der Gesellschaft Veränderungen grundsätzlich als Zumutungen begreifen. Doch die Debatten über den Ausstieg aus dem wachstumsgetriebenen Wirtschaftssystem müssen ebenso sein wie jene über schnelles Autofahren, Silvesterböllerei, Fleisch zu Ramschpreisen und Flächenversiegelung durch neue Einfamilienhäuser. Stünde jedoch im Vordergrund, welche positiven Effekte gewisse Veränderungen haben – beispielsweise für die Sicherheit und Zukunft der Kinder, für die eigene Gesundheit, für Artenvielfalt und Tierwohl –, könnte die Sache ganz anders ausgehen.

Logisch betrachtet ist es ein Ding der Unmöglichkeit, gigantische Herausforderungen wie die Erderwärmung aufzuhalten und gleichzeitig genauso weiterzumachen wie bisher. Doch genau das dem Wahlvolk vorzugaukeln, halten viele in der Politik Tätigen derzeit offenbar für eine besonders raffinierte Strategie. Etwa die gut ein Jahr alte CDU-SPD-Koalition in Berlin. Dabei ist auch der Status quo bekanntlich nicht besonders gut, es knirscht in allen Ecken. Die Verwaltung ist chronisch unterbesetzt, die Infrastruktur marode, die Stadtnatur gestresst, die Stimmung mies.

Doch wer erwartet hatte, Schwarz-Rot würde Probleme mit Plan angehen, sieht sich getäuscht. Beispiel Verkehr: Während die BVG wegen Personalmangel wichtige Buslinien ausdünn, beschäftigen SPD und CDU die Verwaltung mit U-Bahnverlängerungen, die CDU sogar mit einer Magnetbahn. Diese Projekte kosten sehr viel, dauern lang und sind für die Mobilität in der gesamten Stadt völlig irrelevant. Über schnelle Lösungen der Verkehrskrise scheint sich der Senat aber wenig Gedanken zu machen.

Kein Fonds für Firlefanz

Bezahlen möchte die CDU die Magnetbahn übrigens aus dem geplanten Klimasondervermögen. Es ist zwar eine gute Idee, für Berlins Ausstieg aus der Fossilwirtschaft einen Fonds einzurichten, und es ist zu hoffen, dass das Klimasondervermögen nicht an der Schuldenbremse scheitert. Eine schlechte Idee hingegen ist es, mit dem noch nicht eingerichteten Fonds Prestigeprojekte zu finanzieren, die null Klimanutzen haben. Das Geld wird gebraucht, um der ökologischen Transformation endlich richtig Schwung zu verleihen und um sie sozial gut auszubalancieren.

Wenn nötige Veränderungen ausbleiben und Probleme kleingeredet werden, wenn Symbolpolitik, Imagekampagnen und lustige Gesetzesnamen Engagement simulieren, ist niemandem geholfen. Immer häufiger beschreiten Umweltverbände wie der BUND daher den Rechtsweg, um ambitioniertere Gesetze und ein Einhalten der bestehenden Gesetze zu erzwingen. Allerdings bedienen sich auch rückwärtsgerichtete Kräfte dieses Instruments; so häufen sich beispielsweise die Klagen gegen jede Form von Einschränkungen des Autoverkehrs. Diese Konflikte bereiten natürlich wenig Vergnügen, sie sind aber ein deutliches Zeichen dafür, dass die für das Überleben unserer Demokratie nötige ökologische Transformation längst begonnen hat. *sp*

INHALT

Thema Nachhaltigkeit

Gutes Geld, schlechtes Geld: Ausgewählte Ausgaben zeigen, wie ernst es die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg mit dem Umwelt- und Naturschutz meinen
Seite 2

„Die neuen Klagemöglichkeiten werden Umweltverbände schlagkräftiger machen“: Interview mit Rechtsanwalt Remo Klinger
Seite 3

AKTUELL

Brandenburger Mobilitätsgesetz: Die Verkehrswende kann kommen
Seite 4

Abfallverbrennung: Leag schlauer als BSR
Seite 4

Nicht ganz dicht: Warum die neuen Lausitzer Seen Wasser verlieren
Seite 5

Stagnation auf niedrigem Niveau: Zustand der Wälder
Seite 5

BUNDJUGEND

Mit Workshops und Programm zur Europawahl
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Auf dem Mörderberg
Seite 7

ÖKOTIPP

Nachhaltige Geldanlagen
Seite 7

KURZ & BUND

Zu Fuß zur Kita und zur Schule
Seite 8

Nachhaltigkeit in Zahlen
Seite 8

GUTES GELD, SCHLECHTES GELD

Thema Nachhaltigkeit

Wie ernst meinen es die Regierungen von Berlin und Brandenburg mit dem Umwelt- und Naturschutz? Ausgewählte Ausgaben zeigen viel Schatten und etwas Licht.

INFO

SOZIALER KLIMASCHUTZ

An kaum einer Stelle wird Klimaschutz so schnell zu einer sozialen Frage wie beim Wohnen und Heizen. Dass der Wohnungsbestand energetisch saniert werden muss, ist weitgehend unstrittig; zumal Abriss und Neubau große ökologische Probleme mit sich bringen. Schon 2012 hatte der BUND mit dem Mieterbund ein sogenanntes Drittelmodell vorgestellt, das die Kosten der energetischen Modernisierung zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und Staat aufteilt. Das ifeu hat im Auftrag des BUND das Drittelmodell überarbeitet und sich dabei auf die Modernisierung vermieteter Immobilien konzentriert. www.BUND-berlin.de/drittelmodell

ZUKUNFTSAGENDA FÜR DIE VIELEN

Wie gelingt die Transformation der derzeitigen Gesellschaft in eine ökologische und sozial gerechte? Darüber haben sich BUND und Paritätischer Gesamtverband Gedanken gemacht und neun Bedingungen von der naturverträglichen Energierevolution über Wohnen und Boden in Gemeinschaftshand bis zur guten Pflege und Gesundheitsversorgung identifiziert. www.BUND-berlin.de/zukunftsaagenda

NACHHALTIGES NACHLEBEN

20 in Hamburg, 15 in Berlin, 11 in Köln und 3 in Bremen: Immer mehr Clubs bekennen sich zum Code of Conduct für nachhaltige Clubkultur. Neu auf der Liste ist die Berliner Institution Tresor. www.zukunft-feiern.de

STVO-NOVELLE GESCHEITERT

In der Straßenverkehrsordnung (StVO) ist neben der „Flüssigkeit“ zwar auch die Sicherheit maßgeblich, dennoch müssen sicherheitsbedingte Eingriffe in den Straßenverkehr aufwendig begründet werden. Nachdem der Bundesrat die StVO-Novelle abgelehnt hat, fehlt den Kommunen weiterhin die Möglichkeit, Einschränkungen städtebaulich oder ökologisch zu begründen. www.umweltzoneberlin.de/2024/01/03



TVO

Die geplante Tangentialverbindung Ost (TVO) durch die Wuhlheide ist eine vierspurige Schnellstraße, die teils aus Berliner Landesmitteln und teils aus Fördermitteln des Bunds finanziert werden soll. Für die 6,4 Kilometer zwischen Marzahn-Hellersdorf und dem Spreeufer in Köpenick rechnet der Senat derzeit mit mindestens **400 Millionen Euro**. Für diese Summe ließen sich 20.000 Kilometer Pop-up-Radwege einrichten, 200 neue U-Bahnwagen kaufen oder zumindest ein Teil der Schienen-TVO bezahlen, die nach BUND-Auffassung anstelle der Auto-TVO eine neue ÖPNV-Verbindung in Nord-Süd-Richtung parallel zur bestehenden Bahnstrecke schaffen soll. All dies wären deutlich bessere Investitionen als eine Betontrasse, für die 15 Hektar Wald mit uralten Eichen gerodet werden müssen und die in erster Linie dem Fernverkehr eine mautfreie Abkürzung vom nördlichen zum südlichen Berliner Außenring bietet.



Wassergebühren

10 Cent pro Kubikmeter kostet das Brandenburger Grundwasser, wenn es der Trinkwasserversorgung dient. Aber wie viel zahlt der größte Grundwasserförderer des Landes, der Braunkohlekonzern Leag, für rund 121 Millionen Kubikmeter Grundwasser, die er aus seinen Tagebauen Welzow-Süd (in Betrieb) und Jänschwalde (Ende 2023 geschlossen, Grubenwasser soll aber noch bis 2044 gehoben werden) abpumpt und später mit Sulfat und Eisenocker verschmutzt in die Spree und ihre Zuflüsse einleitet? Exakt null Cent. Diese Gebührenbefreiung kostet das Land jährlich **12,1 Millionen Euro**. Auch bei anderen Großverbrauchern ist Brandenburg spendabel: Landwirtschaftliche Betriebe, die Wasser aus Seen und Flüssen entnehmen, tun dies ebenfalls kostenlos. Angesichts der zunehmenden Trockenheit in der Mark setzt der Verzicht auf die Lenkungswirkung von Wassergebühren das falsche Zeichen.



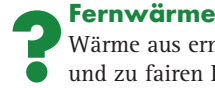
Kleingewässer

Zum ersten Mal in der Berliner Geschichte sieht ein Landeshaushalt Geld für die Pflege von Pfühlen, Teichen und Regenwasserrückhaltebecken vor: immerhin **8,5 Millionen Euro** für die Jahre 2024 und 2025. Eine gute Nachricht für die unter Trockenheit und Biotopverlust leidenden Hauptstadtamphibien.



Reparaturbonus

In Berlin bekommen Privatleute demnächst einen Bonus bei der Reparatur von Elektrogeräten. Dafür stehen 2024 und 2025 jeweils **1,25 Millionen Euro** zur Verfügung. Ein guter Anfang.



Fernwärme

Wärme aus erneuerbaren Energien produzieren und zu fairen Preisen den Berliner*innen zur Verfügung stellen: Diese Erwartung ist mit dem 1,6 Milliarden Euro schweren Kauf des Fernwärmenetzes durch das Land verbunden. Ob sie wohl Realität wird? Noch fehlt ein schlüssiges Konzept, wie die Fernwärme fossilfrei erzeugt werden soll. Die vom Vorbesitzer Vattenfall vorgelegten Vorschläge taugen nicht viel, setzen sie doch unter anderem auf die alles andere als klimaneutrale Verbrennung von Abfall und Holz sowie auf absehbar knappen „grünen“ Wasserstoff, um den von Schwerindustrie bis Luftfahrt die verschiedensten Nutzer konkurrieren werden. Angesichts der anstehenden Mammutaufgabe, die Wärmeerzeugung zu dekarbonisieren, dürfte der Kaufpreis deutlich zu hoch gewesen sein. Hätte Schwarz-Rot vor der Transaktion eine harte Dekarbonisierung der Fernwärme durchgesetzt, müsste das Land viel weniger als **1,6 Milliarden Euro** ausgeben.



29-Euro-Ticket

Voraussichtlich im Sommer 2024 wird es in Berlin wieder ein 29-Euro-Ticket geben, gültig nur für den Tarifbereich AB. Mit diesem Schritt zurück in die ÖPNV-Kleinstaaterei fällt Berlin den anderen Bundesländern in den Rücken, die um eine Mitfinanzierung des Deutschlandtickets durch den Bund ringen. Besser machen es Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg, die das 49-Euro-Ticket für Schüler*innen, Azubis, Senior*innen und Grundsicherungsberechtigte auf 29 beziehungsweise 19 Euro vergünstigen. Auf diese Weise schaffen die beiden Nordländer Vergünstigungen für Gruppen, die diese wirklich brauchen, ohne dabei die bundesweite ÖPNV-Flatrate zu gefährden. Berlin beglückt mit dem 29-Euro-Ticket dagegen auch Pendler*innen mit mittleren und höheren Einkommen, die sich die 49 Euro locker leisten könnten. Diese unsoziale Subvention nach dem Gießkannenprinzip kostet **300 Millionen Euro**, die für sozial ausgerichtete Vergünstigungen, eine bessere Ausstattung der BVG oder zusätzliche Fahrten von Regional- und S-Bahn fehlen.



Temporäre Spielstraßen

An 57 verschiedenen Orten haben engagierte Berliner*innen 2023 insgesamt 279 Mal dafür gesorgt, dass Straßen vorübergehend zu verkehrsfreien Spielflächen umgenutzt wurden. Weil sich ein Bündnis, dem auch der BUND angehört, hartnäckig für die Fortsetzung eingesetzt hat, gibt es auch dieses Jahr **180.000 Euro** für temporäre Spielstraßen.



EDITORIAL

von Carsten Preuß, Franziska Sperfeld und Julia Epp

Liebe Leser*innen,

wenn sich nicht noch etwas Unerwartetes zugetragen hat, während diese BUNDzeit auf dem Weg von der Druckerei zu Ihnen war, können wir eine wirklich gute Nachricht verkünden: Habemus Mobilitätsgesetz in Brandenburg!

Zweieinhalb Jahre hat das Verkehrswende-Bündnis, zu dem auch der BUND gehört, mit den Regierungsfractionen im Potsdamer Landtag um den Gesetzesentwurf gerungen. Was nun verabschiedet wurde, ist zwar nicht ganz so weitreichend wie der Entwurf, mit dem das Bündnis 2019 eine Volksinitiative gestartet hatte. Gegenüber dem bisherigen Zustand ist es aber ein enormer Fortschritt für die umweltfreundliche Mobilität zwischen Elbe und Oder (mehr dazu auf Seite 4).



Ganz egal, welchen Bereich der Umweltpolitik man sich ansieht: Von alleine ergreifen die Regierenden nicht die nötigen Maßnahmen. Stattdessen versuchen sie den Leuten einzureden, die globale Erwärmung und das Artensterben ließen sich mit business as usual bremsen und nichts müsse sich für niemanden ändern. Eine fatale Illusion. Wir dagegen gehen auch im neuen Jahr mit Nachdruck unsere Aufgabe an, für eine Ökologisierung auf allen Ebenen zu werben und zu streiten.

Wir wünschen Ihnen ein glückliches Jahr 2024!

C. Preuß

Vorsitzender
BUND Brandenburg

Franziska Sperfeld

Vorsitzende
BUND Brandenburg

Julia Epp

Vorsitzende
BUND Berlin

„DIE NEUEN KLAGEMÖGLICHKEITEN WERDEN UMWELTVERBÄNDE SCHLAGKRÄFTIGER MACHEN“

Rechtsanwalt Remo Klinger über zivilrechtliches Vorgehen gegen Unternehmen, simple Tricks der Bundesregierung und die Fortentwicklung der Verbandsklagen

BUNDzeit: 2021 gehörten Sie zu den Anwälten, die das historische Urteil des Bundesverfassungsgerichts erstritten haben, in dessen Folge die damalige Bundestagsmehrheit das Klimaschutzgesetz nachbessern musste. Im November 2023 hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg geurteilt, dass die Bundesregierung gegen das Gesetz verstößt, indem sie für die Sektoren Verkehr und Gebäude keine Sofortprogramme bei Überschreitung der Jahresemissionsmengen auflagt. Nun wird spekuliert, ob die Ampelkoalition das Klimaschutzgesetz so überarbeitet, dass die Sektorenziele wegfallen. Wäre in diesem Fall eine erneute Klage in Karlsruhe fällig?

Remo Klinger: Was die Änderung des Klimaschutzgesetzes angeht, warten wir erst einmal die finale Fassung ab. Das hat aber nichts mit der Frage zu tun, ob der Rechtsstreit, den wir gegen die Sofortprogramme gewonnen haben, jetzt nur noch verfassungsrechtlich entschieden werden kann, weil das Gesetz geändert worden ist. Der Rechtsstreit gegen die unzureichenden Sofortprogramme hat nämlich bewiesen, dass Klimaschutz eingeklagt werden kann und dass das, was im Gesetz steht, auch einzuhalten ist. Und sollte die Bundesregierung jetzt meinen, dass sie aus der Verurteilung des OVG Berlin-Brandenburg herauskommt, indem sie das Gesetz ändert, dann hat sie sich getäuscht. Wir führen ja nicht nur die Klageverfahren gegen die Sofortprogramme, sondern drei weitere Verfahren zum Klimaschutzprogramm, das die Bundesregierung vorlegen muss. Und das kann man nicht einfach aus dem Gesetz streichen, weil es dann gar kein Instrumentarium mehr gäbe, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Über die Rechtmäßigkeit des Klimaschutzprogramms wird am 1. Februar (kurz vor Erscheinen dieser BUNDzeit, Anm. d. Red.) verhandelt. Und wenn wir gewinnen, muss die Regierung etwas ganz Ähnliches tun wie bei den Sofortprogrammen, nämlich alle diejenigen zusätzlichen Maßnahmen beschließen, die erforderlich sind, um unsere Klimaschutzziele einzuhalten. Und dies, ohne dass die Bundesregierung in der Lage ist, sich mit einer bloßen Gesetzesänderung ihrer Pflichten zu entziehen. Sie sehen: Wir versuchen alle juristischen Werkzeuge zu ergreifen, um solche simplen Tricks der Bundesregierung zu verhindern.

Geht es bei Verfahren mit Umweltbezug generell eher um harte Fakten oder neue Betrachtungsweisen?

Vor allem bei Naturschutzverfahren wird viel auf Tatsachenbasis entschieden, weil es dort auf Sachkenntnis und Fakten ankommt, etwa bei einem Straßenbauvorhaben quer durch ein Naturschutzgebiet. Bei den Klimaschutzverfahren dagegen sind die Fakten gar nicht so streitig, die sind bekannt. Hier versuchen wir, diese neuen Sachverhalte so in prozessuale Formen zu bringen, dass die Gerichte sagen: Damit können wir etwas anfangen – das ist nicht nur ein allgemeines gesellschaftliches oder wissenschaftliches Problem, sondern es passt in der Art und Weise, wie es vorgetragen wird, in unser Rechtssystem. Und wenn es noch nicht passt, muss es zumindest so vorgetragen werden, dass die Gerichte es als neues Problem rechtsfortentwickeln können. Es muss rechtsstrukturell handhabbar gemacht werden, was nicht immer leicht ist.

Wo sehen Sie derzeit die besten Hebel, um Umwelt- und Naturschutz juristisch durchzusetzen?

Die interessantesten Rechtsfortentwicklungen haben sich bei den Klagerechten der Umweltverbände gezeigt, die im Wesentlichen auf der Aarhus-Konvention von 1998 fußen. Nur: Deutschland hat diesen völkerrechtlichen Vertrag höchst unzureichend umgesetzt und die Klagerechte der Verbände sehr eingengt. Mit Verfahren haben wir erreicht, dass die Gerichte diese Klagerechte Stück für Stück weiterentwickelt haben und der Gesetzgeber zuletzt 2017 gezwungen wurde, das auch gesetzlich so festzulegen. Momentan läuft ein erneuter gesetzlicher Anpassungsprozess. Zukünftig können die Verbände nahezu jeden Verstoß gegen Umweltschutzregelungen vor Gericht bringen, so wie es die Aarhus-Konvention verlangt. Das althergebrachte Bild von Verbandsklagen wird sich dadurch verändern. Wenn Umweltverbände früher vor allem gegen etwas klagten, sei es ein Schweinemaststall oder eine Straße, klagen sie nun auch auf etwas. Auf saubere Luft, auf sauberes Wasser, auf Einhaltung der Klimaschutzziele. Diese neue Möglichkeit wird die Umweltverbände schlagkräftiger machen und den Umweltschutz verbessern.

Sind die Gerichte ausreichend ausgestattet, um mehr Verfahren in einer akzeptablen Zeit zu führen?

Ja und nein. Zum einen muss man wissen, dass wir in ganz Deutschland vor den Verwaltungsgerichten mehr als 200.000 erledigte Verfahren im Jahr haben. Davon machen Umweltverbandsklagen gerade einmal 50 bis 60 aus. Selbst eine Erweiterung der Klagerechte wird die Gerichte also nicht überlasten. Richtig ist aber, dass diese Verfahren inhaltlich komplex sind, nicht alle Oberverwaltungsgerichte wissenschaftliche Beschäftigte haben und es zu wenige Richterinnen und Richter gibt. Die personelle Ausstattung der Gerichte ist also schon jetzt insgesamt verbesserungsbedürftig, unabhängig von den Umweltverbandsklagen.

Wie stehen die Chancen, Verursacher von Umwelt- und Klimaschäden für Schäden zivilrechtlich zu belangen? Bekanntester Fall ist wohl der derzeit in zweiter Instanz laufende Prozess eines peruanischen Bauern gegen RWE.

Es gibt nicht nur diesen Fall, wo es um konkreten Schadensersatz geht, sondern auch zivilrechtliche Unterlassungsklagen, die wir für die Deutsche Umwelthilfe gegen Mercedes-Benz, BMW und Wintershall Dea führen und die Roda Verheyens Kanzlei für Greenpeace gegen VW führt. Emittenten, die mehr Treibhausgase als mancher EU-Staat ausstoßen, sollen dadurch auf einen Paris-konformen Klimaschutzpfad verpflichtet werden. Dazu versuchen wir erstens die Klimaschutzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts und zweitens die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten, die etwa in der Entscheidung eines niederländischen Gerichts im Fall Shell zum Ausdruck gekommen sind, ins deutsche Zivilrecht zu übersetzen. In den instanzgerichtlichen Verfahren haben wir jeweils verloren und sind in den Verfahren zu BMW und Mercedes-Benz beim Bundesgerichtshof. Wenn man seinen Unternehmenssitz in der Bundesrepublik Deutschland hat, unterliegt man dem Grundgesetz. Und das Grundgesetz verpflichtet zu Klimaschutz – den Staat unmittelbar, die privaten Großemittenten mittelbar, das wollen wir durchsetzen.

Das Interview führte Sebastian Petrich

ZUR PERSON

Remo Klinger ist einer der bekanntesten deutschen Rechtsanwälte im Umweltrecht. Die Kanzlei Geulen & Klinger sitzt mit insgesamt sechs Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten in Berlin. Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz 2021 hat er unterstützt von der Deutschen Umwelthilfe mehr als 20 weitere Klimaklagen erhoben.

Remo Klinger ist Honorarprofessor der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde und Mitherausgeber der Zeitschrift für Umweltrecht.



Foto: Helen Nicolai

Thema
Nachhaltigkeit

MITMACHEN

EINWENDUNGEN GEGEN TVO

Die Planfeststellung für die Schnellstraße durch die Wuhlheide (siehe Seite 2) hat sich verzögert, doch wahrscheinlich werden die Pläne in diesem Frühjahr ausgelegt werden. Dann haben Bürger*innen sechs Wochen Zeit, um Bedenken dagegen schriftlich darzulegen. Nur die Einwendungen, die dann erhoben werden, können später im Verfahren Berücksichtigung finden. Wann die Auslegung beginnt, erfahren Sie auf www.BUND-berlin.de/tvo.

TVO-KLAGEFONDS

Der BUND Berlin wird gegen die TVO-Planung juristisch vorgehen. Für diese Auseinandersetzung bitten wir dringend um Spenden auf unser Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft.

IBAN: DE55 3702 0500
0003 2888 00,
BIC: BFSWDE33BER

INFO

ZUKUNFTSKILLER BVWP

Die deutsche Verkehrspolitik steckt in einer Sackgasse: Der Mobilitätssektor verfehlt die Klimaziele und gefährdet die biologische Vielfalt durch fortschreitende Flächenversiegelung, während die im 20. Jahrhundert gebaute Infrastruktur allmählich zerbröselt. Ein Teil dieses Problems ist der Bundesverkehrswegeplan (BVWP). Einmal beschlossen, leitet der Infrastrukturplan einen Automatismus zum Bau hauptsächlich von Autobahnen und Bundesstraßen ein, der nur schwer zu stoppen ist. Eine neue BUND-Studie analysiert die Dysfunktionalität des BVWP und unterbreitet Vorschläge für eine zukunftsfähige Mobilitätsplanung in Deutschland. www.BUND-berlin.de/bvwp

BUND KLAGT GEGEN MUNITIONSFABRIK

Das Brandenburger Landesamt für Umwelt hat der Nammo Defence Germany erlaubt, eine Munitionszerlegungsanlage in Storkow (Landkreis Oder-Spree) zu bauen. Dort will das Tochterunternehmen des norwegischen Rüstungskonzerns Nammo nicht nur Explosivstoffe zerlegen und vernichten, sondern auch Munition entwickeln, herstellen, lagern und vertreiben. Der Standort liegt im Landschaftsschutzgebiet Dahme-Heideseen, wo eigentlich Bauverbot herrscht, und grenzt an FFH-Gebiete. Weil für das Vorhaben Wald gerodet werden müsste, der Abstand zur Wohnbebauung zu gering ist und die Störfallverordnung (sogenannte Seveso-II-Richtlinie) verletzt wird, hatte der BUND Widerspruch gegen die Genehmigung eingelegt. Nachdem dieser zurückgewiesen wurde, hat er Klage eingereicht.

HAUPTSACHE SCHNELL BAUEN

Allen Warnungen von Naturschutzverbänden und Architektenkammer zum Trotz hat die schwarz-rote Mehrheit im Abgeordnetenhaus Mitte Dezember eine Novellierung der Bauordnung beschlossen, die für schnelle Scheinerfolge beim Wohnungsbau gravierende Rückschritte beim Klima- und Artenschutz in Berlin in Kauf nimmt. Die Neuerungen in der Bauordnung werden dazu führen, dass sich Berlin in den kommenden Hitzesommern noch stärker aufheizt und dass Lebensräume für Wildtiere und Pflanzen weiter schrumpfen. CDU und SPD haben eine historische Chance vertan.

WARUM KEINE HOCHHÄUSER?

Was aus ökologischer Sicht gegen Häuser über 60 Meter spricht, steht im BUND-Blog. www.umweltzoneberlin.de/2023/12/22

DIE VERKEHRSWENDE KANN KOMMEN

Nach harter Vorarbeit der Umweltverbände bekommt Brandenburg als erstes Flächenland ein Mobilitätsgesetz. Es soll den Anteil der umweltfreundlichen Verkehrsmittel bis 2030 auf 60 Prozent steigern.

Das Ende Januar vom Landtag verabschiedete Gesetz bringt einen Paradigmenwechsel beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Er soll in Brandenburg künftig nicht mehr nachfrage-, sondern angebotsorientiert gestaltet werden. Die bisherige Planung führte in eine Abwärtsspirale: Erst fuhren Busse und Bahnen aus Spargründen seltener, deshalb stiegen weniger Fahrgäste ein, darauf folgten neue Streichung und noch weniger Menschen nutzten die Öffis, bis es nur noch Schüler*innenbeförderung oder überhaupt kein Angebot mehr gab. Die künftigen Mindestbedienstandards sehen vor, dass von jeder Brandenburger Gemeinde die nächste Metropole – in der Regel Berlin – in höchstens 120 Minuten per ÖPNV erreichbar sein soll, von Mittel- und Oberzentren aus in maximal 90 und 60 Minuten. Von den Dörfern ins nächste Mittel- oder Oberzentrum soll man mit höchstens einmal Umsteigen nur noch 45 beziehungsweise 60 Minuten unterwegs sein.

Aus- und Neubauten des Straßennetzes sind nur noch in Ausnahmefällen möglich, daher entfällt der bisher gesetzlich vorgeschriebene Landesstraßenbedarfsplan. Dieses Prinzip soll auch bei Anmeldungen beim Bundesverkehrswegeplan gelten; ein Vorhaben wie der überdimensionierte Neubau der B 96 nördlich von Berlin wäre damit nicht mehr möglich.

Beinahe wäre das Mobilitätsgesetz, das zwei Jahre lang zwischen den Trägern der erfolgreichen Volksinitiative „Verkehrswende Brandenburg jetzt“ und den Regierungsfractionen verhandelt wurde, noch gescheitert, weil das Kabinett den im Sommer erzielten Kompromiss stark verändert hatte. Auf Druck des Verkehrswende-Bündnisses nahm Rot-Schwarz-Grün einige Änderungen wieder zurück. So blieb es bei der

LEAG SCHLAUER ALS BSR

Während der tschechische Fossilkonzern die Müllverbrennungspläne für Jänschwalde aufgibt, schmiedet das Berliner Landesunternehmen welche für Neukölln

Erfolg in der Lausitz: Kurz vor Weihnachten verkündete der Braunkohlekonzern Leag das Aus für seine geplante Müllverbrennungsanlage am Kraftwerksstandort Jänschwalde bei Cottbus. Das kam nicht überraschend. Schon im Frühjahr war der Partner Veolia ausgestiegen, gleichzeitig formierte sich das Aktionsbündnis contra Müllverbrennungsanlage, mitorganisiert von der langjährigen BUND-Aktivistin Heide Schinowsky. Zudem hatte der BUND zusammen mit der Organisation ClientEarth eine Klage gegen die erste von zwei Teilgenehmigungen eingereicht. Der vereinte Druck gegen die Leag-Pläne hat sich nun bezahlt gemacht.

Grundsätzlich kritisiert der BUND Pläne für mehr Müllverbrennung als klimaschädlich, überflüssig und unvereinbar mit den Zielen der Abfallvermeidung. Das gilt auch für das neuste Vorhaben der Berliner Stadtreinigung (BSR), das sie als Beitrag zur „Defossilisierung“ der Berliner Fernwärme verkaufen will: eine „Bioenergieanlage“ in der Gradestraße in Neukölln. Dort will das landeseigene Unternehmen ab 2032 Altholz, Sperrmüll und vielleicht auch weiteren Abfall „energetisch verwerten“, also verbrennen. Dagegen spricht viel.

Erstens ist die Verbrennung von Abfall nicht klimaneutral. Das zeigt allein schon die Tatsache, dass seit Anfang 2024 für den CO₂-Ausstoß aus der Müllverbrennung Emissionszertifikate bezahlt werden müssen. Auch die Verbrennung von (Alt-) Holz leistet keinen Beitrag zum Klimaschutz: Nach Angaben des Umweltbundesamts ist der Treibhausgasausstoß dabei sogar höher als beim Verheizen von Steinkohle und Erdgas. Außerdem kann angesichts des hohen Kunststoffanteils im Sperrmüll auch von einer „Defossilisierung“ keine Rede sein. Zweitens widerspricht der Aufbau weiterer Verbrennungskapazitäten den Berliner Zero-Waste-Zielen und der gesetzlich festgelegten Abfallhierarchie, nach denen Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling Vorrang vor der Verbrennung und energetischen Verwertung haben sollen.

Drittens verstärkt jede neue Holzverbrennungsanlage den Druck auf die Wälder, schließlich werden jene Anlagen, die



Bahn in Sicht: Ländliche Gegenden wie die Prignitz könnten dank Mobilitätsgesetz besser angebunden werden

Angebotsorientierung beim ÖPNV und dem angestrebten Integralen Taktfahrplan, der mehrfach in den Gesetzestext gestreute Hinweis auf den Haushaltsvorbehalt wurde auf das in jedem Gesetz übliche Maß reduziert und zur Streitfrage, ob das ÖPNV-Gesetz wie vom Bündnis gefordert in das Mobilitätsgesetz integriert wird, soll ein Gutachten beauftragt werden. Nicht ins Gesetz geschafft haben es dagegen konkrete Passagen zur Mobilitätserziehung und die ursprünglich vorgesehenen Nahverkehrsbeiräte.

Mit dem Beschluss des Gesetzes ist der Dialog zwischen Verkehrswende-Bündnis und Regierung nicht vorbei. So soll es Diskussionen und Gutachten zu den Themen Finanzierbarkeit, Mindestbedienstandards im ÖPNV und Mobilitätsgarantien geben.

bisher das Berliner Altholz verwerten, andere Quellen erschließen, darunter Frischholz. Viertens entweichen auch bei bester Filtertechnik Abgase und belasten die Gesundheit der Anwohner*innen zusätzlich. Fünftens widerspricht die Erweiterung des BSR-Geländes dem Berliner Landschaftsprogramm: Der Eingriff kann nicht angemessen ausgeglichen werden, weil das Gebiet dicht bebaut ist. Sechstens ist die geplante Altholzverbrennungsanlage dank mehr als ausreichender Kapazitäten in der Region gar nicht nötig.

Der ebenfalls geplante Bau einer Recyclinghalle am Standort Gradestraße ist dagegen sinnvoll. Eine bessere Sortierung von Altholz und Sperrmüll hilft Wertstoffe zu sichern, was Wiederverwendung und Recycling unterstützt, die Abfallmenge verringert und Rohstoffe in der Natur belässt.

BUND-Stellungnahme zum BSR-Vorhaben:
www.BUND-berlin.de/grade

Sperrmüll sortieren statt verbrennen:
Dafür ist eine Recyclinghalle sinnvoll



NICHT GANZ DICHT

Weil der Braunkohlekonzern Leag den Bau einer Dichtwand eingestellt hat, verlieren Lausitzer Tagebaurestseen sehr viel Wasser. Die zuständige Behörde schaut untätig zu.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind an der brandenburgisch-sächsischen Landesgrenze durch die Flutung ehemaliger Tagebaulöcher künstliche Seen entstanden. Entgegen der ursprünglichen Planung haben sie ihre angestrebte Füllhöhe noch nicht erreicht, was nicht allein an mehreren Dürrejahren in Folge liegt, sondern auch an einem schwierigen Nachbarn: dem Braunkohletagebau Welzow-Süd. Gerade einmal drei bis sechs Kilometer Luftlinie liegt der letzte aktive Tagebau in Brandenburg von der Seenkette entfernt. Um die Grube wasserfrei zu halten, muss ständig Grundwasser abgepumpt werden. Ein Teil des abgepumpten Wassers stammt aus den Seen, aus denen es in den tiefergelegenen Tagebau strömt.

Dieses Problem war schon vor der Flutung der Tagebaurestlöcher bekannt. Deshalb beantragte der Tagebaubetreiber 2008 den Bau einer über zehn Kilometer langen und durchschnittlich 100 Meter tiefen Dichtwand zwischen Seeufer und Tagebau. Wie üblich, wenn ein Tagebaubetreiber einen Antrag stellt, genehmigte ihn das Brandenburger Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) und wies dabei auch den BUND-Vorschlag für eine alternative Trassenführung der Dichtwand ab.

Bis 2018 errichtete der Energiekonzern Leag 6,5 Kilometer Dichtwand, doch dann kam der Bau zum Erliegen. Schuld daran sind offenbar die schwierigen geologischen Gegebenheiten, vor denen der BUND bei der Trassenwahl gewarnt hatte. Vor Wasserabfluss geschützt sind mit dem Blunooer, Sabrodter und Spreetaler See nur drei kleinere, hydrologisch weniger wichtige Seen. Die deutlich größeren Gewässer Sedlitzer und Partwitzer See verlieren das Wasser, das kostspielig in sie hereingepumpt wurde, an den Tagebau, der es stark verschmutzt in die Spree und ihre Zuflüsse ableitet. Nach Berechnungen des BUND strömen aufgrund der nicht fertiggestellten Dichtwand bis Herbst 2023 71,2 Millionen



Foto: Axel Krauschat

Ein schneller Kohleausstieg wäre auch beim Dichtwand-Problem hilfreich

Kubikmeter Wasser aus dem Partwitzer See und 150,8 Millionen Kubikmeter aus dem Sedlitzer See. Zum Vergleich: Der jährliche Wasserverbrauch von ganz Potsdam liegt bei 10,9 Millionen Kubikmetern.

Das LBGR hat als zuständige Aufsichtsbehörde auf den fünfjährigen Stillstand nicht reagiert. Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) sagte dem Landtag, die Dichtwand werde „entsprechend der bisherigen Planung“ bis 2030 fertiggestellt. Damit führt er die Öffentlichkeit in die Irre, denn im Sonderbetriebsplan Dichtwand ist von einer Errichtung bis 2022 die Rede. Der BUND hält diese Verzögerung für inakzeptabel und fordert, Leag zur Anschaffung weiterer Baugeräte und zu einem geänderten Verlauf der Dichtwand zu verpflichten. Außerdem muss dringend die Arbeit des LBGR überprüft werden.

STAGNATION AUF NIEDRIGEM NIVEAU

Die Zahlen der jüngsten Waldzustandsberichte machen deutlich, wie dramatisch die Dürre der letzten Jahre für die Waldbäume war

Auf den ersten Blick scheinen die Ende 2023 veröffentlichten Waldzustandsberichte von Brandenburg und Berlin eine leichte Erholung zu dokumentieren: „Nur“ noch 16 beziehungsweise 30 Prozent der untersuchten Waldbäume in Brandenburg (2022: 20 Prozent) beziehungsweise Berlin (2022: 40 Prozent) zeigen deutliche Schäden (Schadstufen 2 bis 4). Der Anteil der Bäume ohne jede Schäden stieg in Brandenburg auf 25 Prozent (2022: 8 Prozent) und in Berlin auf 6 Prozent (2022: 4 Prozent).

Zu verdanken ist das in erster Linie dem im Vergleich zu den Vorjahren regenreichen Frühjahr. Die in den märkischen Forsten dominierenden Kiefern konnten so gut austreiben, dass bei ihnen der Anteil der Bäume ohne sichtbare Schäden von 5 Prozent im Vorjahr auf 30 Prozent wuchs (Berlin: 6 Prozent 2023, 2 Prozent 2022). Bereits stark geschädigten Kiefern nutzten die günstigen Witterungsbedingungen jedoch nichts, der Anteil der Bäume mit einer Kronenverlichtung von über 60 Prozent stieg erneut leicht an. Auch für die Rotbuche, die die naturnahen Wälder Brandenburgs prägt, ist die Situation weiter kritisch, über 90 Prozent ihrer Waldflächen weisen Kronenschäden auf.

Dass von einer Trendwende keine Rede sein kann, macht die Mortalitätsrate deutlich: Von allen erfassten Waldbäumen starben im Jahr 2023 0,8 Prozent in Brandenburg und 1,6 Prozent in Berlin ab. Das langjährige Mittel der Mortalitäts-

rate liegt bei 0,4 Prozent. In Berlin war mit 3,1 Prozent frisch abgestorbenen Bäumen besonders die Baumart Nummer zwei, die Eiche, betroffen. In Brandenburg starben mit 6,0 Prozent außergewöhnlich viele Birken.

Diese Befunde haben Konsequenzen für den Waldumbau. Es ist zwar weitgehend Konsens, Kiefernmonokulturen zu Mischwäldern umzubauen, die den zu erwartenden Strapazen der globalen Erhitzung besser widerstehen können und die mit geringerem immergrünen Nadelanteil weniger Wasser beanspruchen. Über den Weg dorthin muss freilich diskutiert werden. Der BUND setzt sich vehement dafür ein, den Waldumbau mit dem Wald anzugehen – und nicht gegen ihn. Angesichts der historisch hohen Mortalitätsrate und Kronenverlichtung ist es kontraproduktiv, ältere Bäume zugunsten von Setzlingen der gewünschten Arten zu fällen oder gezielt zum Absterben zu bringen. In den vergangenen Dürresommern hat sich vielmehr gezeigt, dass sich Feuchtigkeit besser im Wald hält, wenn das Kronendach geschlossen ist. Auch Totholz sollte an Ort und Stelle bleiben. Für die Förster*innen muss die Devise daher Zurückhaltung lauten.

forst.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/wzb23.pdf
www.berlin.de/forsten/waldschutz/waldzustandsberichte

Der Spandauer Forst ist stellenweise schon ein schöner Mischwald



Foto: Sebastian Petrich

AKTUELL

INFO

GEHEIMSACHE WASSER

Der Braunkohletagebau in der Lausitz hat immense Auswirkungen auf den Wasserhaushalt in Brandenburg und Sachsen sowie die Trinkwasserversorgung in Berlin. Doch bei Wasserverbänden, Aufsichtsbehörden und Landesregierungen herrscht auffälliges Schweigen. Die Rechercheplattform correctiv hat sich die Gemengelage genauer angesehen.
www.kurzelinks.de/geheimsache-wasser

HÄTTEN SIE ES GEWUSST?

Thermostat installieren, Kühlschrank effizient machen, mit simpler Technik Heißwasser sparen, Heizkörper entlüften: Für diese und weitere technische Spartricks gibt es jetzt gut verständliche Tutorials auf dem BUND-Videokanal.
www.BUND-berlin.de/youtube

VELOBERLIN

Beim Fahrradfestival im ehemaligen Flughafen-Gebäude Tempelhof präsentiert der BUND seine neue Broschüre zur Fahrradausbildung.
13./14.4.2024
www.veloberlin.com

ENERGIETAGE 2024

Die Leitveranstaltung der Energiewende in Deutschland diskutiert aktuelle energie- und klimapolitische Weichenstellungen, technische Innovationen und vielfältige gesellschaftliche Aspekte – mit dem Ziel, die Energiewende gemeinsam mit allen Akteuren in die schnelle Umsetzung zu bringen. An den Energietagen beteiligen sich verschiedene Bundesministerien, Verbände, wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmen mit eigenen Veranstaltungen. Damit bilden sie die gesamte Bandbreite der energie- und klimapolitischen Diskussion in Deutschland ab.
16.–18.4.2024 digital und 15./16.5.2024 in Berlin
Kostenfreie Anmeldung ab Mitte März:
www.energietag.de



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

TERMINE

Weitere Termine und alle Infos findest du unter:



www.BUNDjugend-berlin.de/termine



www.BUNDjugend-brandenburg.de/termine

BERLIN

BUNDJUGEND BAR

Hier kannst du dich in einer lockeren Runde mit anderen jungen Menschen austauschen und vernetzen.

1.3.2024, 5.4.2024, 3.5.2024

PLENUM ZUM JAHRESTHEMA

Du hast Lust, dich an unserer Jahresplanung zu beteiligen? Dann komm gerne vorbei!

14.3.2024

GERECHTE EU: EINE ILLUSION?

Die Lage von Asylsuchenden in Europa beschäftigt dich? Hier erfährst du mehr über die EU-Asylpolitik und ihre Folgen für Menschen auf der Flucht! 16./17.3.2024

DEMOKRATIE AUF DEM PRÜFSTAND

Rechte Parteien in Europa sind auf dem Vormarsch. Welche Folgen hat das für die EU? 20.4.2024

JULEICA-SCHULUNG

Wir geben dir die wichtigsten Methoden für die Arbeit mit Gruppen mit auf den Weg. Mach bei uns die Jugendleiter*inCard (JuLeiCa) 8.-12.5.2024

BRANDENBURG

CAPTURE THE FLAG CAMP

Stellt euer Team auf, baut Verstecke und Schlafplätze und erobert gemeinsam die Fahne der anderen! 26.-30.3.2024

FUTURELAB WASSER-HAUSHALT UND BRAUNKOHL

Gemeinsam mit jungen Menschen erkunden wir die Kohleregion um Cottbus und lassen uns dabei Pro und Contra des Strukturwandels erläutern. 12.-14.4.2024

1. WOCHENENDE DER JULEICA-SCHULUNG

Wir statten dich mit allem aus, was du in der Arbeit mit Gruppen brauchst. 26.-28.4.2024

KANUFAHRT DER AKTIVEN

Gemeinsam paddeln, andere Aktive kennenlernen, die Natur genießen und Pläne schmieden. 9.-12.5.2024



WORKSHOPS UND PROGRAMM ZUR EU: MIT DER BUNDJUGEND DURCH DIE EUROPAWAHL 2024

Wanda Römmermann

In der Welt häufen sich die Krisen: die Klimakrise, diverse Kriege und Naturkatastrophen, vor denen Menschen flüchten müssen, Wälder werden zerstört, Menschen hungern und vieles mehr.

Auch uns als jugendliche Klima- und Umweltaktivisten*innen beschäftigen diese Themen sehr, weil sie zum einen unseren Alltag mitprägen und weil wir zum anderen gemeinsam für eine bessere und gerechtere Welt kämpfen. Deswegen möchten wir die Gelegenheit der Europawahl nutzen, um auf unsere Ziele aufmerksam zu machen und zu zeigen, dass auch positive Veränderungen in der europäischen Politik möglich sind. Die Europäische Union (EU) hat eine große internationale Bedeutung und damit einen globalen Einfluss. Wir wollen dazu beitragen, dass bei der Europawahl am 9. Juni 2024 viele Menschen Parteien wählen, die sich für die Menschenrechte und den Klimaschutz einsetzen, denn mit dem richtigen politischen Willen kann die europäische Politik durchaus positive Auswirkungen haben.

Die Europawahl als roter Faden unserer politischen Arbeit

Viele Aktive der BUNDjugend Berlin haben sich im Oktober 2023 beim jährlich stattfindenden Perspektivtreffen zusammengesetzt, um gemeinsam die strategische Ausrichtung unserer Arbeit für das Jahr 2024 zu planen. Als Ergebnis des dreitägigen Treffens haben wir uns entschieden, 2024 das Jahresthema „Europawahl 2024“ zu bearbeiten. Dieses soll uns, unabhängig von den Arbeitskreisen, einen roten Faden für unsere politische Arbeit geben. Die Idee eines Jahresthemas ist für uns etwas Besonderes, das wir neu ausprobieren wollen.

Mit dem Jahresthema wollen wir verschiedene Ziele erreichen, die wir ebenfalls gemeinsam beim Perspektivtreffen festgelegt haben. Ein Ziel ist es, jungen Menschen den Zugang zur Wahl zu erleichtern. Da bei der Europawahl in Deutschland zum ersten Mal junge Menschen ab 16 Jahren wählen können, gibt es einige Erstwähler*innen, die wir unterstützen und denen wir aufzeigen wollen, wie sie anhand ihrer Werte eine Partei finden, die diese am ehesten vertritt.

Ein weiteres Ziel von uns ist, zur Selbstwirksamkeit junger Menschen beizutragen, indem wir Wege aufzeigen, um selber politisch aktiv zu werden. Außerdem ist es uns als Umweltverband wichtig, die Bedeutung der EU für Klima- und Umweltthemen deutlich zu machen. So hat beispielsweise das EU-Lieferkettengesetz, das die EU im Dezember 2023 beschlossen hat, einen globalen sozialen und ökologischen Einfluss. Ein weiteres Ziel unseres Jahresthemas ist es, einen kritischen Blick auf die EU zu werfen. Darüber hinaus wollen wir uns gemeinsam gegen den Rechtsruck in der EU engagieren.

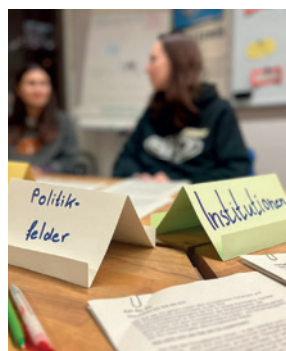
Zur Umsetzung unserer Ziele planen wir verschiedene Workshops, Diskussionsveranstaltungen, Infostände und Kampagnen.

So begleiten wir die Europawahl

Konkrete Ideen zum Erreichen unserer Ziele haben wir auch schon gesammelt: So soll Anfang 2024 ein zweigeteilter Workshop zur Thematik „Gerechte EU“ stattfinden, bei dem wir auch einen kritischen Blick auf die EU werfen werden. Im zweiten Teil des Workshops soll die Asylpolitik der EU näher betrachtet werden, die beispielsweise dazu beiträgt, dass immer noch Menschen im Mittelmeer ertrinken. Im Frühling wird es eine Veranstaltung zur Aufklärung über den Rechtsruck in der EU geben, bei dem wir lernen wollen, wie wir gegen rechte Argumente vorgehen können. Um beide Themen zu verknüpfen, soll am 23. Mai eine Podiumsdiskussion zu den Themen „Gerechte EU“ und Rechtsruck stattfinden.

In zwei Plena werden wir uns am 14. März und 20. Juni in großer BUNDjugend-Runde treffen, um uns über den aktuellen Planungsstand der Workshops und Aktionsideen auszutauschen und neue Ideen für die zweite Jahreshälfte zu entwickeln. Dabei sind alle herzlich eingeladen, die bereits aktiv dabei sind oder Lust haben, neu dazuzustoßen.

Am 5. Januar haben wir unser Jahresthema bereits mit einer Jahresauftaktveranstaltung auf den Weg gebracht. Bei einer Abendveranstaltung gab es neben einem gemeinsamen Wiederankommen kurze Miniworkshops zu den Themen Europa und Europawahl allgemein, Emissionshandel, Verkehrspolitik und Asylpolitik, die den Teilnehmenden einen kurzen Überblick zu den jeweiligen Themenbereichen gegeben haben. Neue Interessierte konnten die BUNDjugend kennenlernen und haben erfahren, wie sie mitmachen und gemeinsam mit uns aktiv werden können. Mit über 30 Teilnehmenden und jeder Menge Spaß, sowie Platz um sich auszutauschen, war die Veranstaltung ein voller Erfolg.



MACH MIT!

Du hast Lust bekommen, dich mit uns gemeinsam zum Thema Europawahl zu engagieren? Dann bist du bei uns immer herzlich willkommen. Schau dazu gerne auf unserer Website nach aktuellen Terminen oder melde dich direkt bei uns unter info@BUNDjugend-berlin.de Wir freuen uns auf dich :-)



Fotos: Sebastian Peirich

Malchower See, gesehen vom Ostufer, und Fußweg Richtung Mörderberg

AUF DEM MÖRDERBERG

Ein Spaziergang für sonnige Spätwintertage rund um Malchow am nordöstlichen Stadtrand von Berlin

Biotope in der Stadt nicht nur zu erhalten, sondern auch miteinander zu verbinden, ist eine der größten Herausforderungen im urbanen Naturschutz. Wie so eine Verbindung aussehen kann, lässt sich am Start des heutigen Ausflugs besichtigen. Am S-Bahnhof Wartenberg nehmen wir den Ausgang Ribnitzer Straße und biegen bei der zweiten Möglichkeit rechts in die Straße „Am Berl“ ein. Statt Plattenbauten sehen wir nun einen idyllisch wirkenden, mit Erlen und Weiden begrünzten Pfuhl, den Berl. Die Anlage der Rieselfelder im 19. Jahrhundert überstand er ebenso wie den Bau des Neubaugebiets Hohenschönhausen ab 1984; allerdings liegt er nun wie ein großer begrünter Innenhof inmitten von Plattenbauten. Fische leben hier nicht, dafür Amphibien. Über tausend Individuen haben Zählungen in den Jahren 1996 bis 2007 jeweils ergeben, darunter gefährdete Arten wie Moorfrosch, Grasfrosch, Knoblauchkröte und sogar Kammolch.

Nicht wenige dieser Amphibien wurden von Autos überfahren, wenn sie die nordöstliche Lücke in der Bebauung für ihre Wanderungen nutzten. 2009 sperrte das Bezirksamt Lichtenberg den fraglichen Abschnitt der Zingster Straße für den Autoverkehr, sodass die Tiere seither das angrenzende Wäldchen und das nächste Gewässer, den Hechtgraben, sicher erreichen können. Dem Hechtgraben folgen nun auch wir, passieren die Tramendstation Zingster Straße linkerhand ebenso wie das Gehege mit den Schottischen Hochlandrindern rechterhand. Auf dem Max-und-Herta-Naujocks-Weg geht es am südlichen Ufer des Malchower Sees bis zum Ortseingang, wo wir die B 2 queren, die ab hier Malchower Dorfstraße heißt.

Weil es sich auf dieser Einfallstraße häufig staut, sieht der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) eine 3,2 Kilometer lange Umfahrung vor – vierspurig und über die Felder westlich von Malchow. Laut BVWP-Projektskizze ist die Umweltbeeinträchtigung „gering“, was der BUND stark bezweifelt. Vom Aussichtspunkt Am alten Malchower Graben (dieser Fußweg zweigt von der Ortnitzstraße Richtung Norden ab) blickt man auf die bedrohte Feldflur. Besonders lärmempfindliche Vogelarten wie Bluthänfling, Braunkehlchen, Kuckuck, Neuntöter, Pirol, Wachtelkönig, Waldohreule und Wiesenschafstelze

sind hier zuhause. Wir biegen westwärts in den Märchenweg ein, um kurz hinter der Brücke über den Fließgraben unser nächstes Zwischenziel zu sehen: eine leichte Anhöhe auf der gegenüberliegenden Feldseite, die den klangvollen Namen Mörderberg trägt.

Angeblich geht diese Bezeichnung nicht etwa auf eine historische Hinrichtungsstätte, sondern auf Modder wie Schlamm zurück. 2010 beantragte die FDP in der örtlichen Bezirksverordnetenversammlung, die Bushaltestelle „Mörderberg“ umzubenennen. Ihre Sorge: Die Schulkinder könnten sich bei der Haltestellenansage im Bus gruseln. Die anderen Fraktionen lehnten ab; vielleicht war ihnen der Versuch, die Haltestelle stattdessen nach dem benachbarten Golfresort zu benennen, doch ein wenig zu plump. Den nördlich des Blankenburger Pflasterwegs gelegenen Golfklub umrunden wir, um dann von Norden kommend durch das von der geplanten Umfahrungsstraße bedrohte Grünland westlich von Malchow zu spazieren.

Neben den Pferdekoppeln gehört zu den örtlichen Attraktionen der stillgelegte Fabrikschornstein, auf dem ab April Weißstörche nisten. Als Nahrung dienen den Adebaren unter anderem Amphibien aus dem Naturschutzgebiet Malchower Aue, einem Niedermoor, in dem Anfang der 80er-Jahre im großen Stil Torf abgebaut und anschließend Bauschutt abgeladen wurde. In den verbliebenen Torfstichgewässern, dem Erlenbruchwäldchen und den Feuchtwiesen wachsen und leben heute 300 Pflanzenarten, 40 Vogelarten, 20 Libellenarten und sechs Amphibienarten. Der Rundweg durch das Gebiet beginnt am Wartenberger Weg und führt zunächst durch die Kleingartenanlage Wiesenhöhe, wo Max und Herta Naujocks in der Nazizeit eine jüdische Familie versteckten. Über eine Abzweigung gelangen wir schließlich zu einem Aussichtspunkt über die Malchower Aue und von dort aus auf den Max-und-Herta-Naujocks-Weg zur Tramstation Zingster Straße. *sp*

Länge des Spaziergangs: etwa zehn Kilometer. Kurzvariante um den Malchower See herum in die Aue und zurück zur Zingster Straße: etwa 3,5 Kilometer
www.naturschutz-malchow.de

NATUR ERLEBEN

MITMACHEN

HILFE FÜR FLEDERMÄUSE

Wer möchte Oliver Jäger vom BUND Cottbus beim Fledermausschutz unterstützen? Es geht um praktische Tätigkeiten an fünf Samstagen von Ende Februar bis Anfang September: Großbrauhöhlen freischneiden, Kästen umsetzen, ein neues Fledermausquartier in Alt Ströbitz anlegen, Ausflüge der Großen Abendsegler kontrollieren.
Kontakt: ollis.sielowarche@gmail.com

AK NACHHALTIGKEIT

Der BUND-Arbeitskreis Nachhaltigkeit erarbeitet konkrete Vorschläge, wie die Politik in Berlin die sozial-ökologische Transformation angehen kann. Derzeit liegt sein Schwerpunkt auf nachhaltigem Bauen – ein hochaktuelles Thema angesichts von Wohnungsnot, explodierenden Mieten, Flächenversiegelung und steigenden Anforderungen an klimafreundliche Gebäude. Die Treffen finden jeden zweiten Mittwoch um 18:30 Uhr statt. Ort bitte erfragen!
ak_nachhaltigkeit@BUND-berlin.de

SIGNALGRUPPE

Der BUND Berlin betreibt einen Kanal beim Messengerdienst Signal, um in unregelmäßigen Abständen über seine Arbeit zu informieren. Treten Sie der Gruppe bei und bekommen Sie Nachrichten über politische Themen, ausgewählte Veranstaltungen, Mitmachangebote und Neuigkeiten aus dem Verband.
www.BUND-berlin.de/signal



ÖKOTIPP: NACHHALTIGE GELDANLAGEN

Was bedeutet nachhaltig im Zusammenhang mit Geldanlagen? Glaubt man den bunten Prospekten der Finanzindustrie, dann ist so gut wie alles, was Gewinn abwirft, nachhaltig. Ganz so einfach ist es leider nicht. Wer es ernst meint, beachtet selbstverständlich eine Reihe von ökologischen, ethischen und sozialen Standards. Da es aber weder eine allgemein anerkannte Definition von Nachhaltigkeitskriterien bei Geldanlagen noch verlässliche Qualitätssiegel gibt, müssen Sie als Anleger*in selbst einige Entscheidungen treffen. Keine Schäden anzurichten, ist die minimale Erwartung, im besten Fall bewirkt das eingesetzte Geld etwas Gutes.

Zunächst geht es um die Ausschlusskriterien: Legen Sie fest, wofür Ihr Geld auf keinen Fall arbeiten soll. Wenn Sie mit einem Anlageprodukt einer Bank oder Versicherung liebäugeln, sollten Sie versuchen herausfinden, ob deren Richtlinien Investments in bestimmte Geschäftsfelder verbieten und zu welchen Unternehmen die Bank oder Versicherung Geschäftsbeziehungen pflegt. Der FairFinanceGuide hat einige bekannte Institute und Versicherungen dahingehend bewertet.
www.fairfinanceguide.de

Beim Aktienkauf ist die Datenbank von Faire Fonds aufschlussreich. Sie listet mehrere hundert börsennotierte Unternehmen auf, die in problematischen Geschäftsfeldern tätig sind und/oder wegen Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen in der Kritik stehen. Icons in der Liste zeigen an, ob die Unternehmen in Öl-, Gas- und Kohleförderung, Naturzerstörung, Rüstung, Lebensmittelspekulation und so weiter investieren.
www.faire-fonds.info

Eine Positivliste führt die Verbraucherzentrale. Sie porträtiert 14 Banken mit Nachhaltigkeitskriterien und nennt deren jeweilige Ausschlusskriterien und Schwerpunkte bei der Kreditvergabe. Die Übersicht zeigt auch, ob diese Banken Girokonten, Kreditkarten und Geldanlagen anbieten.
www.geld-bewegt.de/nachhaltige-bank

Für alle, die genau wissen wollen, wie Investor*innen die Welt verbessern können, hat die Universität Zürich einen „Investor's Guide to Impact“ veröffentlicht (englisch).
www.kurzelinks.de/investors-guide



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V. Crellestr. 35 10827 Berlin www.BUND-Berlin.de und

Landesverband Brandenburg e.V. Mauerstraße 1 14469 Potsdam www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0 E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp) Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Meinung des BUND wieder.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42 anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

Möller Pro Media GmbH www.moellerpromedia.de

GESTALTUNG

sujet.design www.sujet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

25.000 Gedruckt auf UltraMag Plus Silk, 100 % Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang Mai 2024. Anzeigenschluss ist der 15. März 2024.

SPENDENKONTO

BUND Berlin Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE55 3702 0500 0003 2888 00 BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg GLS Bank IBAN: DE 24 4306 0967 1153 2782 00 BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftsteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de



ZU FUSS ZUR KITA UND ZUR SCHULE

Wer morgens auf dem Weg zur Arbeit ist, kennt es nur zu gut. Vor Schulen oder Kitas staut sich immer wieder der Verkehr, weil viele Eltern ihre Kinder mit dem Auto herbringen. Das geht oft schneller und scheint vielen Eltern bequemer. Was sie dabei aber übersehen: Den Kindern fehlt es dadurch an täglicher Bewegung und frischer Luft. Außerdem haben die Kinder so keine Chance, eigene Erfahrungen im Verkehrsgeschehen zu machen. All das ist für Kinder bekanntermaßen sehr wichtig.

Als BUND setzen wir uns seit Jahren dafür ein, dass Kinder früh lernen, ihre Wege selbstständig, umweltfreundlich und sicher zurückzulegen. Dafür engagieren wir uns nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch ganz praktisch. Mit unserer Aktion „Zu Fuß zur Kita und zur Schule“ unterstützen wir Berliner Kitas und Schulen, die dieses Thema dauerhaft in den Kita- und Schulalltag integrieren.

Ist auch Ihnen umweltfreundliche und selbstständige Mobilität der Kinder ein wichtiges Anliegen? Dann melden Sie sich bei uns! Ob Eltern, Erzieher*innen oder Lehrer*innen – wir unterstützen Sie gern. Dabei gehen wir gezielt auf Ihre Fragen und Themen ein und schnüren ein auf Ihre individuelle Situation zugeschnittenes Materialpaket. Wir beraten zu didaktischen Themen, zur Infrastruktur und zur Elternarbeit.

Ob Sie sich mit einer Einzelaktion oder einer Projektwoche an der BUND-Aktion beteiligen, bleibt Ihnen überlassen. Die Möglichkeiten sind vielfältig: Sie können auf das morgendliche Autochaos aufmerksam machen, sich gezielt mit den Wegen in der Umgebung beschäftigen, Eltern informieren, ein Radverkehrstraining durchführen und vieles mehr. Die Aktion „Zu Fuß zur Kita und zur Schule“ wird von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt gefördert.



www.mobilitaetsbildung-berlin.de

NACHHALTIGKEIT IN ZAHLEN

Monate, bis das globale CO₂-Budget für das 1,5-Grad-Ziel aufgebraucht ist, ...

... gerechnet ab Mitte Februar 2024: **31**

Durchschnittstemperaturen in Deutschland in den zehn wärmsten Jahren seit 1881 ...

... 2023, in °C:	10,6
... 2022, in °C:	10,5
... 2018, in °C:	10,5
... 2020, in °C:	10,4
... 2014, in °C:	10,3
... 2019, in °C:	10,3
... 2000, in °C:	9,9
... 2007, in °C:	9,9
... 2015, in °C:	9,9
... 1994, in °C:	9,7

Im Climate Change Performance Index 2024, der Klimapolitik, Energieverbrauch, Einsatz von erneuerbaren Energien und Treibhausgasausstoß von 63 Staaten mit zusammen über 90 Prozent der globalen CO₂-Emissionen bewertet, liegt ...

... kein Staat auf	Platz 1*
... kein Staat auf	Platz 2*
... kein Staat auf	Platz 3*
... Dänemark auf	Platz 4
... Estland auf	Platz 5
... Philippinen auf	Platz 6
... Indien auf	Platz 7
... Deutschland auf	Platz 14
... Saudi-Arabien auf	Platz 67

*Die Plätze 1 bis 3 bleiben in dem Ranking leer, weil kein Staat die Kriterien für eine sehr gute Einstufung erfüllte

Quellen: taz-CO₂-Uhr, Deutscher Wetterdienst, Climate Change Performance Index von Germanwatch, World Energy Outlook der Internationalen Energieagentur, Bundesnetzagentur, GWS Research Report 2022/2

Weltweit neu installierte Photovoltaik ...

... 2015, in Gigawatt: **50**
... 2023, in Gigawatt: **349**

In Deutschland 2023 neu installierte erneuerbare Energien ...

... Solar, in Gigawatt:	14,1
... Wind an Land, in Gigawatt:	2,9
... Wind auf See, in Gigawatt:	0,3
... Biomasse, in Gigawatt:	0,1

Prognose der kumulierten Einbußen am Bruttoinlandsprodukt 2022 bis 2050 in Deutschland aufgrund von Folgen der Erderwärmung ...

... bei schwachem Verlauf, in Milliarden Euro:	280
... bei mittlerem Verlauf, in Milliarden Euro:	530
... bei starkem Verlauf, in Milliarden Euro:	910

Volkswirtschaftliche Folgen durch Schäden an Gebäuden in Deutschland nach Extremwetterereignissen im Jahr 2030

... bei schwacher Erderwärmung, in Milliarden Euro:	2
... bei mittlerer Erderwärmung, in Milliarden Euro:	4
... bei starker Erderwärmung, in Milliarden Euro:	8

Volkswirtschaftliche Folgen durch Schäden an Gebäuden in Deutschland nach Extremwetterereignissen im Jahr 2050

... bei schwacher Erderwärmung, in Milliarden Euro:	10
... bei mittlerer Erderwärmung, in Milliarden Euro:	19
... bei starker Erderwärmung, in Milliarden Euro:	34



ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Einfach online ausfüllen: www.mithelfen.net – oder den nachfolgenden Coupon nutzen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitgliedschaft (ab 60 €)
 Einzelmitgliedschaft ermäßigt (ab 24 €)
 Familienmitgliedschaft (ab 72 €)

Tragen Sie nachfolgend bitte Namen und Geburtsdatum Ihrer Familienmitglieder ein:

Name Partner*in: Geb.-Datum:
 Name 1. Kind: Geb.-Datum:
 Name 2. Kind: Geb.-Datum:

(Namen und Geburtsdatum von weiteren Kindern bitte unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift per E-Mail nachmelden: service@bund.net)

Lebenszeitmitglied (einmalig ab 1.500 €)

Vorname/Name:
 Straße:
 PLZ/Ort:
 Geb.-Datum (TT.MM.JJJJ):
 E-Mail:
 Telefon (optional):

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem
 monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
 bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Kontoinhaber*in:
 IBAN (oder Konto-Nr.):
 BIC (oder Bankleitzahl):

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)

Hinweise:
 1. Durch Ihre Unterschrift werden Sie Mitglied des BUND (Bundesverband) und erteilen diesem ein SEPA-Lastschriftmandat, mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Mitgliedschaft ist jederzeit satzungsgemäß und ohne Angabe von Gründen kündbar. Gläubiger-ID: DE34 2220 0000 1038 26.
 2. Mit Ihrer Mitgliedschaft im Bundesverband sind Sie i.d.R. zugleich Mitglied des BUND-Landesverbands Ihres Wohnortes.
 3. Ihre Daten werden gem. Art. 6 Abs. 1 lit. B DSGVO ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die Nutzung erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Dieser Nutzung können Sie jederzeit widersprechen. Unter der nachfolgend genannten Adresse erreichen Sie auch den Datenschutzbeauftragten des BUND. Eine ausführliche Erklärung zum Datenschutz finden Sie unter www.bund.net/datenschutz

Bitte senden Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:
 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) / Friends of the Earth Germany • Kaiserin-Augusta-Allee 5 • 10553 Berlin
 So erreichen Sie unseren BUND-Mitgliederservice: Fon: +49 30 275 86 – 111 • Fax: +49 30 275 86 – 440 • E-Mail: service@bund.net